

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESEN

Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

PCT

An:

CT 153... Ach P
siehe Formular PCT/ISA/220

rec. NOV 02 2004

IP
time limit 10.04.05

SCHRIFTLICHER BESCHIED DER
INTERNATIONALEN
RECHERCHENBEHÖRDE
(Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts

siehe Formular PCT/ISA/220 2003P083/260

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/051047

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
07.06.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
10.06.2003

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
H04Q7/22, H04M3/53

Anmelder

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- ☒ Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
- ☒ Feld Nr. II Priorität
- ☐ Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- ☐ Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- ☒ Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- ☐ Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- ☐ Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- ☒ Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. **WEITERES VORGEHEN**

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationale Büro nach Regel 66.1 bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Müller, N

Tel. +49 89 2399-7144



Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
 - ☐ Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
 - ☐ Sequenzprotokoll
 - ☐ Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
 - ☐ in schriftlicher Form
 - ☐ in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
 - ☐ in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
 - ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
 - ☐ bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. ☐ Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1*: "Access and Terminals (AT); Short Message Service (SMS) for PSTN/ISDN; Short Message Communication between a fixed network Short Message Terminal Equipment and a Short Message Service Centre; ETSI ES 201 912" Januar 2002 (2002-01), ETSI STANDARDS, EUROPEAN TELECOMMUNICATIONS STANDARDS INSTITUTE, SOPHIA-ANTIPO, FR , XP014004425 ISSN: 0000-0001
D2: DE 100 41 792 A (SIEMENS AG) 14. März 2002 (2002-03-14)

* in der Anmeldung zitiert

2. Zu Punkt V

Begründete Feststellung hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

- 2.1 Die Anmeldung betrifft ein Verfahren (**Anspruch 1**) zum Senden und Empfangen von Servicenachrichten, wie beispielsweise SMS und MMS, an ein bzw. von einem Servicezentrum. Insbesondere handelt es sich um ein Verfahren, in dem ein Telekommunikationsgerät auf **einer aufgebauten Telekommunikationsverbindung** in einer ersten Servicenachricht eine Datenanforderung an das Servicezentrum schickt, und das Servicezentrum in einer zweiten Servicenachricht die angeforderten Daten an das Telekommunikationsgerät schickt.

Ein derartiges Verfahren ist bereits aus dem Dokument **D1** bekannt, das eine standardisierte Servicenachrichtenkommunikation in einem **leitungsgebundenen Netz** beschreibt. Dabei werden - im Gegensatz zum mobilen GSM Netz, wo Servicenachrichten **verbindungslos** verschickt werden - für jede Servicenachricht eine **separate** Telekommunikationsverbindung aufgebaut, die nach Übertragung der Servicenachricht wieder abgebaut wird, siehe beispielsweise D1, Kapitel 4, Seite 10, Abschnitte 3 und 4; und Annex A.1.1, A.2.1, B.1.2.1, B.1.3.1 und B.1.4.1. Das bedeutet, daß nach dem aus **D1** bekannten Stand der Technik die erste Servicenachricht in einer ersten Telekommunikationsverbindung gesendet wird, und die zweite Servicenachricht auf einer anderen, zweiten Telekommunikationsverbindung.

Gemäß dem Gegenstand des **Anspruchs 1** wird jedoch die Telekommunikationsverbindung nach Übertragung der ersten Servicenachricht nicht abgebaut. Vielmehr wird die zweite Servicenachricht **auf der selben Telekommunikationsverbindung** gesendet.

Dadurch ist es nicht notwendig, daß das Servicezentrum die Identität des Telekommunikationsgerät kennen muß, um die zweite Servicenachricht (die angeforderten Daten) an das Telekommunikationsgerät zu schicken. Es wird somit eine sogenannte **Pull-Funktionalität** geschaffen, die es z.B. im Falle der Festnetztelefonie ermöglicht, Datenanforderungen von Telekommunikationsgeräten zu erlauben, die nicht über eine CLIP Funktionalität verfügen.

Ein derartiges Verfahren ist aus den verfügbaren Entgegenhaltungen nicht zu entnehmen und wird durch diese, weder einzeln noch in Kombination, auch nicht nahegelegt.

Zwar beschreibt auch das Dokument **D2** ein Verfahren, in dem ein Kommunikationsgerät eine Datenanfrage über ein WAP-Gateway an ein Servicezentrum schickt und das Servicezentrum als Antwort die angeforderten Daten schickt, siehe D2, Spalte 2 bis 3, Abschnitt 12. Jedoch handelt es sich dabei ebenfalls nicht um eine Pull-Funktionalität, die über eine einzelne, aufgebaute Verbindung abläuft.

Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist folglich als neu und erfinderisch anzusehen, Artikel 33 (2) (3) PCT. Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist ebenfalls gewerblich anwendbar.

- 2.2 Die obigen Feststellungen gelten gleichermaßen für den **unabhängigen Anspruch 10**, der ein Telekommunikationsgerät definiert, das speziell zur Durchführung des oben genannten Verfahrens nach Anspruch 1 ausgelegt ist. Der Anspruch 10 erfüllt somit ebenfalls alle Erfordernisse des Artikels 33 PCT.
- 2.3 Die **abhängigen Ansprüche 2 bis 9 und 11 bis 18** beinhalten vorteilhafte Weiterbildungen der Gegenstände der Ansprüche 1 bzw. 10 und erfüllen somit ebenfalls die an sie zu stellenden Anforderungen bezüglich Neuheit, erfinderischer Tätigkeit und gewerblicher Anwendbarkeit, Artikel 33 PCT.

3. Zu Punkt VIII

Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

- 3.1 Aus der Beschreibung auf Seite 2, Zeile 9 bis Seite 3, Zeile 3; und Seite 13, Zeile 29 bis Seite 14, Zeile 24 geht durch den eindeutigen Bezug auf das in D1 beschriebene Übertragungsprotokoll hervor, daß das Merkmal, daß die Telekommunikationsverbindung eine Verbindung über einen **Verkehrskanal** ist, für die Definition der Erfindung **wesentlich** ist.

Da die **unabhängigen Ansprüche 1 und 10** dieses Merkmal nicht enthalten, entsprechen sie nicht dem Erfordernis des Artikels 6 PCT in Verbindung mit Regel 6.3 (b) PCT, daß jeder unabhängige Anspruch alle technischen Merkmale enthalten muß, die für die Definition der Erfindung wesentlich sind (siehe auch PCT Richtlinien, C-III, 4.4).

- 3.2 Der **Anspruch 10** bezieht sich auf ein Telekommunikationsgerät, das im Prinzip Mittel aufweist, mit denen ein Verfahren nach Anspruch 1 auszuführen ist. Jedoch werden in Punkt h) des Anspruchs 10 Mittel des **Telekommunikationsgeräts** definiert, die jedoch einen Verfahrensschritt ausführen sollen, der im **Servicezentrum** abläuft (vgl. "...dass in der zweiten Sitzung das Servicezentrum an das Telekommunikationsgerät mindestens eine zweite Servicenachricht sendet..."). Dies führt zu einer unklaren Definition des Kommunikationsgeräts, was zur Folge hat, daß die Definition des Gegenstands dieses Anspruchs **nicht klar** ist, siehe Artikel 6 PCT.